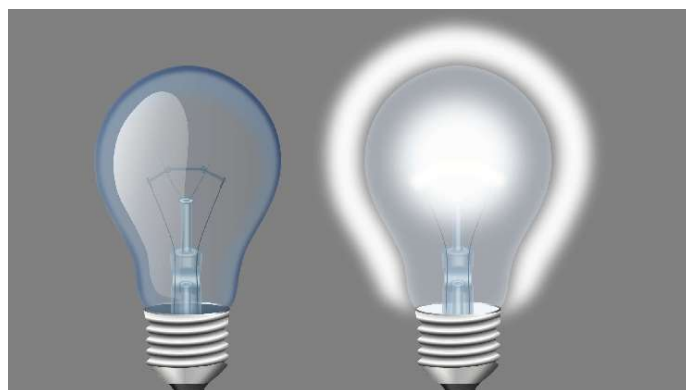


Die Energiewende treibt den Strompreis weiter in die Höhe

NAEB 2102 am 17. Januar 2021

Durch die Energiewende hat die BRD den höchsten Strompreis aller Industrieländer. Wenn die Wende weitergetrieben wird, verdoppelt sich der heutige Strompreis bei gleichzeitiger Schwächung der Netzstabilität möglicherweise noch schneller als in den Jahren 2000 bis 2020. Flächendeckende Stromausfälle sind vorprogrammiert. Die Industrie ist bereits jetzt wettbewerbsunfähig, abgewandert oder die Betriebe geschlossen.



Wann geht den Energiewendern bei ihren Versuchen, die Physik zu überlisten, ein Licht auf? [1]

Die Energiewende sei erforderlich, um das Weltklima zu retten. Das trommeln die grünen Ideologen der Bundesregierung und fast alle Parteien tagtäglich. Die Kosten seien bei dieser Rettungsaktion ohne Murren zu ertragen, denn eine „Klimakatastrophe“ koste erheblich mehr. Die Stromverbraucher sollten jedoch einmal überlegen, welche Kosten diese „Energiewende“ ihnen und dem ganzen Land aufbürdet und zumutet.

Energiewendestrom ist viermal teurer als grundlastfähiger Kraftwerkstrom

Die derzeitigen Wendestromkosten lassen sich ganz einfach berechnen. 2000 lag der Strompreis, also die Kosten für Erzeugung, Verteilung und staatliche Abgaben, bei 15 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh). 2020 wurde rund ein Drittel vermeintlich „regenerativer“ Strom eingespeist und der Strompreis hat sich auf 30 ct/kWh verdoppelt. Danach ist der Wendestrom viermal teurer als der grundlastfähige Kraftwerkstrom. ($1/3 \times X + 2/3 \times 15 \text{ ct/kWh} = 30 \text{ ct/kWh}$. $X = 60 \text{ ct/kWh}$)

Wenn die Versorgung ausschließlich mit vermeintlich "regenerativem" Strom erfolgen sollte, müsste der Strompreis auf 60 ct/kWh ansteigen. Dazu kommen noch überproportional weiter steigende Kosten für die Stabilität des Netzes, denn regenerativer Strom ist nur Zufallsstrom. Doch diese Fantasie wird aus physikalischen Gründen stets eine Fiktion bleiben.

Bis jetzt liefern die großen grundlastfähigen Kraftwerke eine stabile Netzfrequenz. Die großen Schwungmassen ihrer Generatoren verfügen über die sogenannte Momentan-Reserve, die das Netz stabil hält, wenn Stromverbraucher zu- oder abgeschaltet werden, bis die Kraftwerke das Netz auf den geänderten Bedarf geregelt haben. Die wettergesteuerten Wind- und Solaranlagen sind außerstande, diese Aufgabe zu übernehmen. Sie bieten keine Momentan-Reserve und keinen Regelstrom.

Eine vom Wind verwehte Träumerei

Der Ausbau der Wendestromanlagen erfordert leistungsfähigere Netze auf allen Spannungsebenen: eine teure Mammutaufgabe. Die Stromtrassen von Nord nach Süd sind nur ein Teil davon. Die Strompreise werden daher mit jeder weiteren Wendestromanlage ansteigen. Ein Strompreis von einem Euro pro Kilowattstunde dürfte ohne Kernkraftwerke und ohne Kohlekraftwerke, ohne Gaskraftwerke und ohne Dieselgeneratoren deutlich überschritten werden.

Ein Beispiel für die Kostenentwicklung ist El Hierro [2], die kleinste Insel der Kanaren. Windgeneratoren und ein Pumpspeicherwerk sollten das mit Dieselmotoren betriebene Kraftwerk der Insel ersetzen. Dies ist einmal zwei Stunden lang gelungen. Sonst musste das Kraftwerk weiterhin Strom liefern. Bei einer durchschnittlichen Versorgung mit 80 Prozent Windstrom stiegen die Preise auf fast einen Euro je Kilowattstunde. Das Inselnetz war großen Stromschwankungen unterworfen, unregelmäßig für das viel zu kleine und träge Pumpspeicherwerk. Inzwischen versorgt das Dieselmotorkraftwerk die Insel wieder allein.

Auch der Traum, nur noch Elektroautos mit Ökostrom auf der Insel zu betreiben, ist verflogen. Die Klimarettung ist den Insulanern misslungen. Von 85 Millionen investierten Euro (12.000 pro Insulaner) hat die EU mehr als die Hälfte Steuern missbraucht. Eine Erfolgskontrolle dieses Zuschusses blieb aus. Der verbleibende Investitionsbetrag führt immer noch zu hohen Strompreisen. Bei der Planung dieses „innovativen“ Projektes hat die spanische Regierung vertraglich zugesagt, einen zu hohen Strompreis zu subventionieren. Die weiteren Kosten dieses gescheiterten Experimentes zahlen die spanischen Steuerzahler.

Wendestrom ist Fakepower

Das Beispiel zeigt, dass der wettergesteuerte Strom zweitklassig ist, da er niemals bedarfsgerecht erzeugt werden kann, sondern Zufallsstrom ist. Sein Wert liegt daher unter dem Wert des regelbaren Kraftwerkstroms. Er kann nur als Ergänzung in ein durch Kraftwerkstrom stabiles Netz eingespeist werden. Es ist eine Täuschung der Bevölkerung, wenn die Bundesregierung und viele Politiker behaupten, Strom aus Sonne und Wind sei die sichere und bezahlbare Zukunftsversorgung. Um diese Täuschung zu verdeutlichen, haben die Energiefachleute vom Stromversorgerschutz NAEB für den Wendestrom zu Recht die Bezeichnung Fakepower (Fake, englisch = Täuschung) gewählt.

Täuschung auch beim Strompreis

Die Restriktionen im Corona-Jahr 2020 haben zu einem deutlichen Rückgang des Strombedarfs geführt. Die subventionierte Fakepower wurde jedoch voll weiterhin erzeugt, da sie nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) Einspeisevorrang hat. Der Fakepower-Anteil an der Stromversorgung ist daher deutlich gestiegen und damit auch die Abgabe nach dem (EEG). Die Übertragungsnetzbetreiber, die für die Abrechnung der Fakepower-Subventionen zuständig sind, brauchen von den Stromverbrauchern eine um 30 Prozent höhere EEG-Abgabe (von knapp 7 auf knapp 10 ct/kWh), um die EEG-Vergütungen an die Betreiber der Wind-, Solar- und Biogasanlagen bezahlen zu können. Der Strompreis steigt dadurch um 10 Prozent von 30 ct/kWh auf 33 Cent.

Wendepolitiker und Profiteure sahen durch diesen starken Anstieg die Akzeptanz für die „Energiewende“ gefährdet. Ein durchschnittlicher Haushalt würde mit circa 100 Euro im Jahr zusätzlich belastet. Sie fanden eine teure Lösung. Die EEG-Abgabe wird gedeckelt, damit die Strompreise gleich bleiben. Die den Netzbetreibern fehlenden Beträge werden aus dem Steueraufkommen beglichen. Der Stromkunde bezahlt diesen Teil der Abgabe also über seine Steuer und muss damit zusätzlich auch noch höhere Verwaltungskosten schlucken. Die Steuererhöhung ist bereits Gesetz.

Ab 1. Januar dieses Jahres wird eine Steuer auf Brenn- und Treibstoffe erhoben, die als CO₂-Abgabe zum Klimaschutz ausgegeben wird. Sowohl beim Heizen wie auch beim Autofahren wird der Steuerzahler, ob reich oder arm, jeweils mit weiteren 100 Euro im Jahr belastet, also doppelt so viel wie er angeblich beim Strom entlastet wird. Diese Steuer soll bis zum Jahr 2025 auf mehr als das Doppelte steigen. Die Grünen fordern sogar den Faktor fünf bis sechs.

Die BRD schafft sich ab

Strom ist zur wichtigsten Energieform in der BRD geworden. Strom verlängert den Tag mit künstlichem Licht bis zum nächsten Morgen, wenn man es will. Strom hat die Arbeit im Haushalt fast zu einer Nebensache gemacht. Eine Kilowattstunde Strom ersetzt die Arbeitskraft eines Menschen für einen ganzen Tag. Der Staubsauger leistet mit einem Kilowatt so viel wie zehn Teppichklopfer. Wasch- und Spülmaschinen machen Haushaltshilfen überflüssig. Ohne Strom müssten diese Arbeiten und noch vieles mehr wieder mit Körperkraft übernommen werden. Es wäre ein Rückschritt in das Mittelalter. Jede Verteuerung des Stroms in Relation zum Einkommen führt in diese Richtung.

Strom ist unverzichtbar für den gegenwärtigen Lebensstandard. Höhere Stromkosten führen zwangsläufig zu einer Minderung der Kaufkraft der gesamten Bevölkerung. Mehr und mehr Arbeitsplätze gehen dadurch verloren. Wer Arbeitsplätze schaffen oder auch nur halten will, muss für Kaufkraft sorgen, damit die produzierten Waren und die angebotenen Dienstleistungen auch bezahlt werden können.

Steigende Stromkosten vertreiben die Industrien in andere Länder. Sie verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit, denn Strom ist ein wesentlicher Teil der Produktionskosten. Die Betriebe müssen schließen oder ihre Produktion in kostengünstigere Länder verlagern. Die BRD wird deindustrialisiert. Ist das etwa beabsichtigt?

Es wird höchste Zeit, die Energiewende zu beenden. Fakepower bringt nur Nachteile. Die Kosten steigen. Die Umwelt wird durch immer mehr Windgeneratoren zerstört, durch Monokulturen zur Erzeugung von Biomasse für Strom und durch Verspiegeln der Landschaft mit weit über eine Million Fotovoltaik-Anlagen. Tier- und Vogelarten droht die Vernichtung. Windgeneratoren und Biogasanlagen drücken die Immobilienwerte in ihrer Nachbarschaft.

Die Begründung der „Grünen“, die Energiewende in der BRD sei notwendig zur Minderung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen ist unsinnig und gefährlich. Die BRD trägt nur 2 Prozent zu den weltweiten Emissionen bei und vertreibt mit einer angestrebten Reduzierung auf 1,2 Prozent die Industrie. Der Wohlstand im ganzen Land ist bedroht! Dieses Spiel muss aufhören!

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Energy-1-1-png

[2] 17. August 2016 | Andreas van de Kamp: Erneuerbaren-Flop in El Hierro – Lupe über "Energie-Europa"

Wo soll eigentlich der neue Strom herkommen? - Tino Chrupalla - AfD-Fraktion im Bundestag

<https://www.youtube.com/watch?v=dvRk9INsquU>

3. Juli 2020 | AfD-Fraktion Bundestag

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

